

(Richard Schröder, Entwurf für Deutsche Nationalstiftung zum 13. August 2011)

Vor 50 Jahren: Bau der Berliner Mauer

Zum fünfzigsten Jahrestag des Mauerbaus wird zu Recht an die Opfer erinnert, die an diesem unmenschlichen Bauwerk ihr Leben verloren haben oder wegen eines „Republikfluchtversuchs“ zu Gefängnisstrafen verurteilt wurden. Wir sollten uns aber auch an die irreführenden Argumentationen erinnern, mit denen die SED den Mauerbau alle Jahre wieder rechtfertigte, denn einige dieser Argumente werden noch heute wiederholt.

Den offiziellen Ausdruck „antifaschistischer Schutzwall“ rechtfertigt heute wohl niemand mehr. Zu offenkundig war die Berliner Mauer nicht wie Stadtmauern ein Schutzwall gegen Eindringlinge, sondern wie Gefängnismauern von der DDR-Seite aus mit Sperranlagen undurchdringlich gemacht - gegen Ausbrecher. Erschossen wurden an der Mauer zu allermeist DDR-Bürger, nicht Ausländer. Der Ausdruck „antifaschistischer Schutzwall“ ist außerdem ein Beleg dafür, wie die SED den Antifaschismus zur Selbstlegitimation instrumentalisiert und dadurch eine ehrliche Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus geradezu verhindert hat. Denn mit jenem Ausdruck wurde der Westen („Bonner Ultras“) schlicht mit Faschismus identifiziert.

Aber noch immer kann man hier und da lesen, durch den Mauerbau sei seinerzeit der Weltfrieden gerettet und ein Krieg verhindert worden. Das klingt so, als müssten wir den Erbauern der Mauer dankbar sein für ihre Friedensliebe. Zu DDR-Zeiten wurde sogar behauptet, durch den Mauerbau sei ein militärischer Überfall auf die DDR verhindert worden. So dummes Zeug hört man heute nicht mehr. Jetzt wird die angeblich friedensstiftende Funktion der Mauer subtiler begründet. Der Mauerbau sei das kleinere Übel gegenüber einem Krieg zwischen den Großmächten gewesen. Das ist zweifellos richtig, begründet aber keine Dankbarkeit gegenüber den Erbauern der Mauer. Es war ja die sowjetische Führung unter Chruschtschow, die seit 1958 die „entmilitarisierte freie Stadt Westberlin“ forderte, also den Viermächtestatus von Großberlin zu ihren Gunsten ändern wollte. Hätte die Sowjetunion tatsächlich die Rechte der Westalliierten in Berlin und ihre Zugangsrechte verletzt, hätte diese Provokation eine unkalkulierbare Eskalation auslösen können. Wir können also der Sowjetunion und der SED nur dafür dankbar sein, dass sie nicht gezündelt haben. Doch solcher Dank wäre vergiftet. Er setzt voraus: denen war alles zuzutrauen. In Wahrheit haben sowohl Kennedy als auch Chruschtschow sowohl in jener Berlinkrise wie in der Kubakrise den Atomkrieg zu vermeiden gesucht. In beiden Krisen aber war es die Sowjetunion, die ihren Machtbereich erweitern wollte, hoch gepokert hat und nur durch westliche Entschiedenheit zur Anerkennung des status quo gebracht werden konnte.

„Nur durch den Mauerbau konnte die DDR ökonomisch stabilisiert werden“, lautet ein weiterer Rechtfertigungsgrund. Dieses Argument räumt immerhin ein, dass die Mauer gebaut wurde, um die Massenflucht von DDR-Bürgern in den Westen zu stoppen. Im Juli 1961 stieg die Zahl der Flüchtlinge auf etwa tausend pro Tag. Tatsächlich drohte deshalb der DDR der ökonomische Kollaps. Es war aber im Wesentlichen die Politik der SED, die so viele zur Flucht bloß mit Handgepäck veranlasste, nämlich der „Klassenkampf“ gegen wirtschaftlich Selbständige, die Diskriminierung „Bürgerlicher“ und bekennender Christen beim Zugang zu Oberschule und Studium, die politische Instrumentalisierung der Justiz, die „Säuberungen“ der Partei, die konsequente Ideologisierung der Medien.

Der Mauerbau war keineswegs alternativlos. Vor die Wahl gestellt, entweder die Fluchtgründe oder die Fluchtmöglichkeiten zu beseitigen, gewährten die Kommunisten in Moskau und Berlin nicht die vorenthaltenen Bürgerfreiheiten, sondern wählten den Weg des Zwangs. Nachdem sie bereits die Freiheit der Wahlen, die Freiheit und Unabhängigkeit der Justiz, die Freiheit der Meinungsbildung und

Meinungsäußerung kassiert hatten, wurde mit dem Bau der Mauer auch die Freiheit, sein Land zu verlassen, verwehrt.

Einiges spricht dafür, dass die Mauer zunächst nur für eine Übergangszeit geplant war, weil sich bald die Überlegenheit des Sozialismus erweisen werde. „Westdeutschland im Pro-Kopf-Verbrauch ein- und überholen“ war damals eine beliebte Losung der SED, die später durch die rätselhafte Losung „Überholen ohne einzuholen“ ersetzt wurde. Tatsächlich aber war die DDR ohne Mauer nicht existenzfähig. Nur einen Monat nach dem Mauerfall wurde die führende Rolle der SED aus der DDR-Verfassung gestrichen. Der eigentliche Skandal war hier aber nicht die irrtümliche Prognose, sondern die Überzeugung der SED, sie dürfe erwachsene Menschen zu ihrem Glück zwingen.

Jenes Argument: die Mauer war notwendig, damit uns die Fachleute nicht davonlaufen, ist freiheitswidrig. Es folgt der Logik der Sklaverei oder Leibeigenschaft. Die DDR-Bürger wurden als Staatseigentum behandelt, das man am Weglaufen hindern darf wie ein Stück Vieh. Und tatsächlich hat die SED so gedacht und gehandelt. Der Ausdruck „Republikflucht“, offenkundig dem Wort „Fahnenflucht“ nachgebildet, unterstellte eine Pflicht, in diesem Teil Deutschlands zu verharren, obwohl es eine dem Fahneneid vergleichbare Verpflichtung dafür gar nicht gab. So hat denn auch die SED keine Skrupel gehabt, Menschen, die für ihr Experiment unbrauchbar waren, sprich politische Häftlinge, gegen Devisen zu verkaufen – ein Glück für die Betroffenen, aber ein moralisch vernichtendes Zeugnis für die Menschenhändler von der SED. Dass Menschen, die nicht auswandern dürfen, zum Eigentum anderer degradiert werden, hätte die SED bei Karl Marx lernen können. "Früher machte das Kapital, wo es ihm nötig schien, sein Eigentumsrecht auf den freien Arbeiter durch Zwangsgesetz geltend. So war z.B. die Emigration der Maschinenarbeiter in England bis 1815 bei schwerer Strafe verboten" (**Das Kapital I**, MEW 23, S.599).

„Das Grenzregime war die souveräne Entscheidung der souveränen DDR“, lautet ein anderes Argument. Die das sagen, reden zum Fenster hinaus: das geht euch gar nichts an, was wir in unserem Lande getan haben. Drinnen im Haus aber hört sich dasselbe Argument so an: wir, die SED-Führung, konnten mit euch, den Bürgern, nach Belieben verfahren, weil wir souverän waren. Da ist sie wieder, die Sklavenhalterlogik.

Es war die Entspannungs- und Vertragspolitik der Bundesregierungen unter Willy Brandt, Helmut Schmidt und Helmut Kohl, die die Mauer nach und nach etwas durchlässiger gemacht hat. Das Schicksal absoluter Isolation, wie es die Koreaner erleben, blieb uns erspart.

Und es war der Mut ostdeutscher Demonstranten im Herbst 1989, der Honeckers Rücktritt erzwang. Drei Wochen später löste das verunsicherte Politbüro versehentlich den Mauerfall aus. Der Runde Tisch erzwang freie Wahlen. Ein knappes Jahr später war Deutschland vereint. Zum ersten Mal in der deutschen Geschichte haben Einheit, Freiheit und Frieden mit allen Nachbarn zusammengefunden.

Freiheit löst nicht alle Probleme, das ist wahr. Sie schafft sogar neue, nämlich die Plagen der Freiheit und den Missbrauch der Freiheit. Eine Gefängnisordnung ist kürzer und einfacher als eine Ordnung der Freiheit. Wohlbehütete Kinder und wohlversorgte Knechte leben bequemer als freie Menschen, die ihr Leben und die gemeinsamen Angelegenheiten selbst verantworten. Aber wer sich deshalb die Mauer zurückwünscht, macht sich unmündig und frevelt an der Freiheit.